

HEIMATBLATT

der ehemaligen Kirchengemeinden
Landsberg/Warthe, Stadt und Land

NUMMER 10

1965

17. JAHRGANG

Sorge der Evangelischen Kirche

Vorwort des Ratsvorsitzenden der EKD zur evangelischen Denkschrift vom Oktober 1965

Die Evangelische Kirche (EKD), die als kirchliche Gemeinschaft in das politische Spannungsfeld zwischen Ost und West gestellt ist, beobachtet mit wachsender Sorge, daß die Wunden, die der zweite Weltkrieg im Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn geschlagen hat, bis heute, 20 Jahre nach seinem Ende, noch kaum angefangen haben zu verheilen. Ein wesentlicher Grund dafür ist auf deutscher Seite, daß die Besetzung der deutschen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie durch Sowjetrußland und Polen und die Vertreibung von Millionen deutscher Menschen aus diesen Gebieten und aus den alten deutschen Siedlungsgebieten in der Tschechoslowakei sowie im übrigen Osten und Südosten Europas Probleme aufgeworfen haben, die bisher nicht ausreichend gelöst worden sind. Die öffentliche Erörterung dieser Probleme nimmt in

der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) einen breiten Raum ein; der von den Sprechern der Vertriebenen immer neu erhobene, von der Bundesregierung mehrfach in öffentlichen Erklärungen bestätigte Anspruch auf Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes mit friedlichen Mitteln bildet hier einen gewichtigen Faktor der Innen- und Außenpolitik.

Die Kirche ist von dieser Unruhe und Ungewißheit unter den Vertriebenen stark mitbetroffen. Auch in ihren Reihen wird lebhaft, oft mit Erbitterung, in Diskussionen und Erklärungen kirchlicher Gruppen über die theologischen und ethischen Fragen des Vertreibungsproblems und die daraus zu ziehenden politischen Folgerungen gestritten. Sie hält es daher um ihrer Verantwortung für diese Menschen willen, aber auch im Blick auf den ihr an ihrem Ort aufgetragenen Dienst

für den Frieden zwischen den Völkern, für ihre Pflicht, diesen Problemen und den Wegen zu ihrer Lösung nachzugehen. Sie kann und will sich damit nicht an die Stelle der zum politischen Handeln Berufenen setzen, aber sie kann hoffen, einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion und zur Urteilsbildung zu leisten, einige der bestehenden Spannungen zu beseitigen und damit die Wege zum politischen Handeln zu ebnen.

Die Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung hat sich unter dem Vorsitz von Professor D. Dr. Ludwig Raisner, Tübingen, dieser Aufgabe in der nachfolgenden Denkschrift unterzogen, die mit Zustimmung des Rates der EKD veröffentlicht wird. Für die ganze Darstellung sind nur die aus den westlichen Gliedkirchen der EKD stammenden Mitglieder der Kammer verantwortlich. Die ganz unter-



Weiden im Warthebruch

Foto: Aurig

schiedliche Lage der öffentlichen Diskussion und der politischen Behandlung der Probleme in den beiden Teilen Deutschlands hat die Kammer genötigt, sich im wesentlichen auf die Darstellung der Lage in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) zu beschränken; auch die völkerrechtlichen Darlegungen mußten von der Diskussionslage im westlichen Teil Deutschlands ausgehen. Für das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn sind besonders die deutsch-polnischen Fragen herausgegriffen, da hier die Schwierigkeiten am größten sind. Doch bestehen auch gegenüber anderen Völkern

ähnliche Aufgaben einer gemeinsamen Bewältigung der Hinterlassenschaft des Zweiten Weltkrieges. Trotz dieser Beschränkung der Aufgabe war sich die Kammer, ebenso wie der Rat, stets bewußt, daß es sich um Probleme handelt, die das ganze deutsche Volk angehen. Ihre Lösung steht in engem Zusammenhang mit der Aufgabe, die notvolle Spaltung Deutschlands zu überwinden.

Berlin, den 1. Oktober 1965

Der Rat der Evangelischen Kirche
in Deutschland

gez. D. Scharf

Zur evangelischen Denkschrift

Berlin, den 25. Okt. 1965

Die evangelische Denkschrift: „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ liegt mir vor. Sie ist herausgegeben im Oktober 1965 von der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover-Herrenhausen, und mit einem Vorwort versehen vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, gez. D. Scharf.

In dem Beischieben der Kirchenkanzlei heißt es u. a.:

„... Diese Denkschrift, die wir hier anlegen, ist unter dem Vorsitz von Professor Dr. Dr. Ludwig Raisner, Tübingen, von der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für öffentliche Verantwortung erarbeitet worden. Die Denkschrift wird von uns im kirchlichen, im politischen und im allgemeinen gesellschaftlichen Bereich in umfassender Weise verbreitet werden. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß sie eine große Aufmerksamkeit finden und sicherlich auch eine ausgedehnte Diskussion auslösen wird. Auch an Widerspruch wird es dabei gewiß nicht fehlen.

Uns ist deutlich, daß die Denkschrift auch gerade bei Ihnen besondere Aufmerksamkeit finden wird. Dabei werden auch Sie der Denkschrift nicht in jeder Hinsicht zustimmen. Uns muß aber daran liegen, gerade auch die kritischen Fragen dieser Denkschrift so breit wie möglich zu erörtern. Daher wären wir Ihnen sehr dankbar, wenn Sie der Denkschrift und ihrer Behandlung in Ihren Blättern einen besonderen Raum zuweisen könnten. Für die Weiterarbeit an den von uns aufgeworfenen Fragen ist für uns gerade die Reaktion in Kreisen der Heimatvertriebenen besonders wichtig.“

Das Schreiben ist unterzeichnet von Oberkirchenrat E. Wilkens. Es ist gerichtet an die Redaktionen der kirchlichen und allgemeinen Presse der Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West).

Zur sachlichen Feststellung sei hier folgendes vermerkt.

Die Denkschrift — sie umfaßt 44 Druckseiten im Format Din A 5 — ist in sechs Abschnitten eingeteilt.

Der 1. Abschnitt streift Umfang und Zusammenhänge der Probleme (geschichtlicher Hintergrund, Ausmaß der Katastrophe, Verlust der deutschen Gebiete, Eingriff in die Substanz des deutschen Protestantismus, Schuldkomplex, Schicksal der östlichen Nachbarn).

Der 2. Abschnitt behandelt eingehend die gesellschaftliche und sozialpolitische Lage der Vertriebenen.

Im 3. Abschnitt wird die gegenwärtige Lage in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie untersucht und beleuchtet, wobei eine Reihe statistischer Angaben, das Potsdamer Protokoll, Erklärungen des Kardinals Wyszyński u. a. herangezogen werden.

Der 4. Abschnitt befaßt sich mit den völkerrechtlichen Fragen (Recht auf die Heimat).

Im 5., dem für uns Laien wohl schwierigsten Kapitel, werden die theologischen und ethischen Erwägungen ins Licht gestellt (theologische Auseinandersetzung über Fragen des Heimatrechts, die „Lübecker Thesen“ und die entgegengesetzte Thesenreihe vom „Bielefelder Arbeitskreis der kirchlichen Bruderschaften“).

Der 6. und letzte Abschnitt zieht die Quintessenz aus den vorangegangenen Feststellungen, Überlegungen und Meinungen. Diesen Abschnitt, dessen Hauptgedanke sich der stärksten Kritik ausgesetzt, bringe ich im nächsten HEIMATBLATT zum Abdruck.

Zunächst bitte ich aber, noch vom Vorwort des Ratsvorsitzenden der EKD, Präses D. Scharf, zur Denkschrift Kenntnis zu nehmen. (siehe Seite 1).

Die Denkschrift selbst ist zu umfangreich, um sie in vollem Wortlaut im HEIMATBLATT wiedergeben zu können. Ich halte das auch nicht für unbedingt erforderlich. Wer die Schrift genau studieren will, um sich seine Meinung darüber zu bilden und sie zu äußern, wird sie sich verschaffen. Ich will die Leser des HEIMATBLATTES jedoch möglichst über die wichtigsten Punkte der Schrift informieren, so wie es von der Kirchenkanzlei gewünscht wird. In den nächsten Blättern werden also nach dem Abdruck des Abschnitts VI auch noch Teilabschnitte und Aussagen der Denkschrift folgen, die zur Begründung des Hauptgedankens des Abschnitts VI herangezogen worden sind.

Im übrigen erwarte ich die Erklärung des Ostkirchenausschusses und anderer kirchlicher Kreise wie auch seitens Vertriebener unseres Heimatkreises. Ich rechne auch mit einer Stellungnahme des Vorstandes unserer Bundesarbeitsgemeinschaft.

Inzwischen hat die Presse des In- und Auslandes zur Denkschrift Stellung genommen, das Für und Wider kritisch erörtert und ablehnende Äußerungen und Proteste wie auch zustimmende Erklärungen veröffentlicht.

Nach diesen sachlichen Feststellungen sollen im nächsten Blatt besonders hervorzuhebende Einzelheiten der Denkschrift folgen wie auch kritische Äußerungen und Meinungen.
P. Schmaeling

Der Anspruch des deutschen Volkes

Äußerungen des polnischen Ministerpräsidenten zurückgewiesen -

Die Bundesregierung wird das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf die Heimat auch weiterhin zur Richtschnur ihrer Politik machen.

(HuF) Zum Tag der Heimat haben führende Politiker der Union den unabhängigen Anspruch des deutschen Volkes auf das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht unterstrichen und mit unmißverständlicher Deutlichkeit die Äußerungen des polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz über den endgültigen Charakter der Oder-Neiße-Linie scharf zurückgewiesen.

In einer Erklärung betonte Bundeskanzler Erhard, die Treue zur Heimat vereine alle Deutschen, Vertriebene und Einheimische. Er versicherte: „Die Bundesregierung wird wie bisher das Recht auf Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes und das selbstverständliche menschliche Recht auf die Heimat auch weiterhin zur Richtschnur ihrer Politik machen.“ Die Behauptung des polnischen Regierungschefs Cyrankiewicz in Paris, die Oder-Neiße-Linie sei im Potsdamer Abkommen als Polens Westgrenze festgelegt worden, bezeichnete Bundeskanzler Erhard als bloßes Wunschdenken. Der polnische Ministerpräsident habe über die deutsche Ostgrenze Behauptungen aufgestellt, die mit der Rechtslage unvereinbar seien. Es werde solange keine von allen Deutschen als rechtens anerkannte Grenze, zu „unserem Nachbarvolk Polen“ geben, bis nicht eine Friedenskonferenz mit Gesamtdeutschland darüber beschlossen habe.

Bundeskanzler Erhard erinnerte dabei an die 1954 geschlossenen Verträge mit den USA, Frankreich und Großbritannien, in denen die Unterzeichnerstaaten sich dazu verpflichteten, „daß ein wesentliches Ziel unserer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist.“ Der Bundeskanzler fügte hinzu: „Ich habe das Vertrauen, daß diese Politik für unsere Verbündeten und Freunde wie bisher so auch in Zukunft verpflichtend bleibt.“

Die Situation in den deutschen Ostgebieten

Bericht der „Washington Post“ über Ostdeutschland

ONI — (Oder-Neiße-Informationen)

Die in amerikanischen Regierungs- und Parteikreisen stark beachtete „Washington Post“ hat den deutschen Rechtsanspruch auf die Oder-Neiße-Gebiete unterstrichen. In einem zweiten Artikel befaßte sich der Deutschland-Korrespondent der Zeitung, Anatole Shub, mit der Situation in den deutschen Ostgebieten. Wir veröffentlichen den Artikel im Wortlaut.

„Die polnische Behauptung über die wirtschaftliche Entwicklung in den früher deutschen Provinzen Schlesien, Pommern und Preußen — sie stehen laut Vertrag von Potsdam 1945 „unter polnischer Verwaltung“, werden aber von den Polen selbst als dauernder Bestandteil ihres Landes angesehen — sollte man nicht nur mit den Statistiken dieser Gebiete aus der Vorkriegszeit vergleichen, sondern auch mit den Ergebnissen im übrigen Europa seit Kriegsende einschließlich der Bundesrepublik und der Sowjetzone. Die polnischen Leistungen sind weit weniger eindrucksvoll, setzt man sie in Beziehung zu denen der beiden Teile Deutschlands, anstatt sie einfach am Niveau von 1939 zu messen. Das gilt auch, wenn man die Kriegszerstörungen, nachfolgenden Bevölkerungsbewegungen und die dem kommunistischen System eigenen Schwierigkeiten dabei berücksichtigt.

Eine Reise durch die erwähnten Gebiete, wie ich sie unlängst unternahm, bestätigt das. Schneiden Preußen und große Teile Pommerns dem äußeren Anschein nach recht günstig im Vergleich zum übrigen Polen ab, so sind sie doch relativ unterbevölkert. In einigen Bezirken haben die Einwohnerzahlen den Vorkriegsstand wieder erreicht, in anderen jedoch noch immer nicht trotz des hohen Geburtenüberschusses in Polen.

Leere Autobahnen

Auf der alten ostpreussischen Autobahn von Elbing zur sowjetischen Grenze traf ich während einer Fahrt von fast 170 Kilometern einen Omnibus und drei Fahrräder. Bei einer Fahrt auf derselben Autobahn nach Westen in Richtung Danzig war der Verkehr zwar ein bißchen lebhafter, aber dafür traf ich dort auch Kinder, die auf den Fahrbahnen spielten. Die Weichsel überquert man heute noch immer auf jener Behelfsbrücke, die die Rote Armee vor 20 Jahren auf Pontons errichtete, denn die alte Brücke aus der Vorkriegszeit wurde bisher nicht wieder aufgebaut.

Noch entmutigender ist der Anblick auf Schlesien, des wichtigsten polnischen Industriegebietes, in dem auch die stärkste Parteiorganisation der polnischen Kommunisten beheimatet ist. In absoluten Zahlen hat sich die Produktion zwar kräftig erhöht, und auch die Investitionen sind vergleichsweise hoch, aber es lastet doch eindeutig eine Atmosphäre von Vergänglichkeit und Verfall auf so zentralen Plätzen wie Breslau und Liegnitz.

Große Mengen Trümmerschutt aus der Kriegszeit liegen noch immer herum. Neubauten und die Wiederherstellung historischer Gebäude sind weder so gediegen ausgeführt noch so verständnisvoll geplant wie in Warschau und anderen wichtigen Städten Polens. Unter den Menschen

macht sich darüber hinaus eine Art von Flüchtigkeit, Unordnung und Nachlässigkeit bemerkbar, die in ungünstigem Gegensatz sowohl zu Warschau, Krakau und Posen steht, wie auch zu den mitteldeutschen Städten einige 150 Kilometer weiter westlich.

Wohin richten sich die Sympathien?

Es scheint so, als warte die Bevölkerung darauf, daß die Deutschen zurückkommen und Ordnung machen, meinte ein ausländischer Besucher. Einer der Gründe dafür, daß solche Eindrücke sich bis heute erhalten haben, liegt darin, daß die Polen insgesamt sich den früheren deutschen Ostgebieten nicht annähernd so verbunden fühlen wie die kommunistischen Funktionäre in Warschau oder Schlesien. Wenn sich auch jeder Pole einer neuen Teilung seines Landes widersetzen würde, so ist doch in weiten Kreisen, zu denen auch eingeschriebene Kommunisten gehören, das Heimweh nach den östlichen an die Sowjets abgetretenen Landesteilen viel größer, als die Begeisterung für die westlichen Provinzen, die man von Deutschland erhalten hat.

Die Gefahr, an die der polnische Kommunistenführer Gomulka dachte, als der frühere sowjetische Regierungschef Chruschtschow damit begann, der Bundesrepublik einige ernste Anträge zu machen, bestand darin, daß Polen um Gebieteile im Westen beraubt werden könnte, ohne auch nur einen Fußbreit Boden im Osten zurückzuerhalten. Und dem entspricht ja auch die auf den Landkarten westdeutscher „Revanchisten“ schon vorhandene Darstellung.

Die geographische Lage Polens zwischen Deutschland und Rußland wurde im Verlauf der Geschichte immer wieder zur Tragödie des Landes. Ihre entscheidenden Ausgangspunkte lagen nicht in der Stammesverschiedenheit der Menschen, sondern waren demographischer und wirtschaftlicher Art. 30 Millionen Polen in einem von Natur aus armen Land stehen 75 Millionen Deutsche mit ihrer ungeheuren, wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und 220 Millionen Russen mit ihren unerschöpflichen Reserven gegenüber. Wie sie zwischen diesen beiden Großmächten hindurchsteuern können, das war stets das Problem der Polen und ist es auch heute noch trotz unverkennbarer Anpassung an den kalten Krieg.

Abhängig von Rußland

Seit 20 Jahren ist das kommunistische Polen in militärischer Unterstützung und wirtschaftlicher Hilfe von der Sowjetunion abhängig. Zur Bundesrepublik sind dagegen die Beziehungen nur schwach und zur Sowjetzone keineswegs so stark, wie man erwarten sollte. In den sechziger Jahren hat sich gezeigt, daß dieses Schema nicht ausreicht, um in Polen eine schnelle Entwicklung zu einem modernen, industrialisierten und unabhängigen Staat Europas zu sichern. Die Abhängigkeit von Rußland ist übermäßig groß, der Gewinn daraus ziemlich bescheiden im Vergleich zu den Fortschritten anderer kleiner Staaten wie Österreich und Finnland, die nicht an den kommunistischen Block gebunden sind.

Als Rumänien und andere osteuropäische Staaten angingen, die Hoffnung des Kommunismus auf eine den gesamten Ostblock umgreifende Verschmelzung zu nichte zu machen, da sahen sich auch polnische Regierungskreise widerstrebend genötigt, ihr Verhältnis zum Westen neu zu überdenken. Insbesondere betraf das Deutschland, das nicht nur für seine ehemaligen Ostprovinzen, sondern für ganz Polen in der Vergangenheit stets der wichtigste Kapitalgeber gewesen war.

Bis heute allerdings blieb die Neubewertung der Bundesrepublik von seiten der Polen allein auf die wirtschaftliche Seite beschränkt. In der Hauptsache fand sie ihren Ausdruck in einer Zunahme des Handelsverkehrs und in dem Hin und Her der Verhandlungen zwischen polnischen Beauftragten und dem Kruppschen Industrie-Reich über irgendwelche Formen deutsch-polnischer Gemeinschaftsproduktion.

Zurückhaltung in Westdeutschland

Keine dieser Bemühungen vermochte aber bislang der polnischen Wirtschaft jenen kräftigen Auftrieb zu vermitteln, dessen sie so dringend bedürfte. Ein Grund für das Ausbleiben des Auftriebs ist in der Haltung führender Politiker aller Bonner Parteien zu sehen, die vor einem breit angelegten Hilfsprogramm für Polen zurückzusehen, solange man in Warschau nicht einige freundliche Schritte auf politischem Felde unternimmt.

Es geht dabei allein um die Oder-Neiße-Gebiete. Hier würden es die Deutschen begrüßen, wenn es wenigstens den Anschein von Gesprächen und Verhandlungen über ein gegenseitiges Geben und Nehmen gäbe, wenn es allenfalls zu einigen, größtenteils symbolischen Grenzberichtigungen käme.

Deutsche Gebiete in Polen

Weit wichtiger ist es, daß die führenden Kräfte der polnischen Kommunisten unentwegt dem sowjetzonalen Ulbricht-Regime ihre feste Unterstützung gewähren. Das ist aber für Bonn die schwerste aller Sünden, die man in der Politik begehen kann.

Polen und die Sowjetzone leben beide unter dem Schutz der sowjetischen Atommacht, und eine Änderung des „Status quo“ ist in naher Zukunft ganz unwahrscheinlich. Auf lange Sicht hingegen beschäftigen sich nachdenkliche Polen mit zwei möglichen Entwicklungen:

Bei dem Verhältnis, in dem die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung in beiden Ländern — Polen und Deutschland — zueinander steht, ist eine wachsende Durchdringung der polnischen Wirtschaft von Deutschland her so gut wie unvermeidlich. Offen bleibt, ob sich diese Durchdringung in einer Atmosphäre freundschaftlicher Zusammenarbeit vollzieht oder dazu dient, neue Spannungen, vor allem in den Grenzgebieten, zu verursachen.

Falls sich die Sowjetunion veranlaßt sehen sollte, nach einem umfassenden Ausgleich mit dem Westen in Europa Ausschau zu halten, so wäre Deutschland einschließlich seiner Grenzen zu Polen das natürliche Feld für ein Ge-

ben und Nehmen beider Seiten. Die Polen aber wissen, daß sie bei solchen Geschäften fast immer das Nachsehen hatten.

Keine dieser beiden Entwicklungen ist vorerst zu erwarten, obwohl sie in Deutschland und Polen viel häufiger erörtert werden als in der westlichen Welt. Zahlreiche Beobachter in Polen und in den westlichen Ländern befürchten aber, daß Gomulka und seine Gefolgsleute heute den gleichen grundsätzlichen Fehler begehen, dem schon ihre Vorgänger erlagen, jene konservativen Offiziere, die in Polen während der dreißiger Jahre am Ruder waren.

Der Fehler besteht nach Ansicht dieser Beobachter in einem Mangel an Gleichgewicht, was die Diplomaten als „Rückversicherung“ bezeichnen. Zwischen 1934 und 1939 hielten sich die polnischen Militärs in der Regierung, deren Gedanke beständig noch auf den polnisch-russischen Krieg von 1920/1921 gerichtet blieben, in erbitterlicher Gegnerschaft zur Sowjetunion,

während sie gleichzeitig Hitler zu beschwichtigen suchten. Zuerst schlossen sie mit Hitler einen Nichtangriffspakt, später beteiligten sie sich in München an der Aufspaltung der Tschechoslowakei. Aber Hitler ließ sich dadurch keineswegs beschwichtigen, während Stalin zusätzliche Gründe entdeckte, um seine eigenen Absprachen mit Deutschland zu treffen.

Heute denken Gomulka und seine Mitarbeiter beständig an den zweiten Weltkrieg, haben der Sowjetunion bedingungslos Vasallentreue gelobt und verhalten sich der Bundesrepublik gegenüber vollkommen unversöhnlich. Obwohl Chruschtschow davon abgehalten wurde, wiederum einen großen deutsch-russischen Interessenausgleich zu versuchen, hat man diesen Gedanken in Bonn nicht vergessen — ganz sicherlich auch nicht in Moskau.

Die Zeit wird lehren, ob das unglückliche Polen wieder einmal „in der Mitte gefangen wird“ und ob die umstrittenen Oder-Neiße-Gebiete erneut, wie schon so oft in der Vergangenheit, ihren Besitzer wechseln.

Weibischhof Joseph Ferche im Alter von 77 Jahren in Köln gestorben

(HuF) Die Heimatvertriebenen haben einen ihrer besten Freunde und Helfer verloren. Im Alter von 77 Jahren ist der Kölner Weibischhof Joseph Ferche gestorben, der sich große Verdienste um die Fürsorge für die Vertriebenen und Flüchtlinge erworben hat. Der Vorsitzende der CDU/CSU „Landesverbandes Oder-Neiße“, der Berliner Bundestagsabgeordnete Josef Stügel, hat in einem Kondolenzschreiben an Kardinal Frings die tiefe Trauer der ost- und mitteldeutschen Menschen über den Tod des „Vaters der Vertriebenen“ ausgesprochen.

Weibischhof Ferche war Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes. Die Regierung des Souveränen Malteser-Ritterordens hatte ihm für seine Verdienste um die Vertriebenen und Flüchtlinge und um den Aufbau des Malteser-Hilfsdienstes das Magistralkreuz verliehen. Außerdem hatte ihn die Landsmannschaft Schlesien mit dem Schlesierschild ausgezeichnet.

Die Heimatvertriebenen — der Beelzebub für das Kabarett ...

(HuF) Der Linksdrill in Rundfunk, Fernsehen, Publizistik und auf sehr couragierten Kleinkunstpodien ist eklatant, man mag ihn sympathisch finden oder nicht, er ist hier bei uns Ausdruck freizeithafter Meinungsäußerung, zu der sich die Bundesregierung immer bekannt und deren unantastbaren Bestand sie in der Verfassung garantiert hat. Um so seltsamer muten die zahlreichen Stimmen an, die um den Bestand vom Kabarett und dessen Fernsehableger fürchten.

Unsere gesetzlich geschützten Spätmacher, fast ausnahmslos zu festen Institutionen geworden, versäumen keine Gelegenheit, mit der Form und den Gestalten unserer heutigen Demokratie ins Gericht zu gehen. Nach der Devise: je schonungsloser, desto besser, versucht sich unsere gesamte kabarettistische Garde im Scharfschießen gegen Regierung, Parteien und Verbände. Darunter gibt es nun einige, von den linken Kleinkriegern zu „Buhmännern“ abgestempelte Leute, wie etwa Seeborn und Strauß, die seit Jahren als Zielscheibe dienen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit haben sich die kabarettistischen „Politiker“ der Probleme der Heimatvertriebenen angenommen. Es erblickt kaum ein Programm der edlen Kleinkunst das Licht dieser Welt, in dem nicht ein Pflichtsold in dieser Richtung abgeleistet wird. Und fast immer gehören diese Nummern zu den „Glanzpunkten“ des Programms, ganz gleich, ob es bei den arrierten Kabarettgruppen der Berliner „Stachelschweine“, der Münchner „Lach- und Schiefgesellschaft“, der Düsseldorfer „Kom(m)ödchen“ oder bei jüngeren Unternehmungen dieser Gattung ist. Der Heimatvertriebene und sein Repräsentant in der Öffentlichkeit sind aus der jüngeren Kabarettgeschichte nicht mehr wegzudenken, sie sind immer synonym für die Advokaten des Teufels.

So monologisiert Lore Lorentz vom Düsseldorfer „Kom(m)ödchen“ im Wahljahr unter dem Motto „Prost Wahlzeit“ als

„Studentendeutsche Landsmännin“ vor dem Bilde des „Oberlandsmannschaffers Hans-Christoph Seeborn:

„Schlaflose Nächte macht er mir, der Bub ... Und das gerade jetzt, wo Du zu Deiner Nebenbeschäftigung als Verkehrschaotiker auch noch den anderen Treck im Kopf hast, den großen Treck der Sudeten, in die böhmischen Dörfer — in die seeböhmischen ... der Ruf ‚Heim ins Reich‘, der steckt einem eben von altersher im Blut, auf die Richtung kommt es da nie so genau an ...“

Ob deshalb auch die nach den Worten von Kay Lorentz mehr „aus Jux und Dollerei“ als aus sonstigen Erwägungen geplante Warschaureise mit diesem Programm stattfinden soll? Die Polen werden diese Sendboten deutschen Verzichts zu rühmen wissen. Ein im östlichen Sinne völlig lupenreines Programm.

Bedenklich aber wird es nicht nur, wenn mit solchen Programmen im östlichen Ausland unser Rechtsstandpunkt aufgeweicht wird, bedenklich wird es auch, wenn solche Fehlleistungen von Millionen an den Bildschirmen gesehen werden können, denn der Fernsehvorgang wird als Wirklichkeit erlebt, darin beruht seine suggestive Kraft und zugleich seine Gefahr. Sobald das Kabarett den „Brett“-Rahmen verläßt, gelten andere Gesetzmäßigkeiten. Es muß sich gefallen lassen, an dieser Elle gemessen zu werden.

So amüsant es für den einzelnen sein mag, sei Jahr und Tag den Vertriebenen im Fadenkreuz kabarettistischer Willkür zu sehen, so sollten solche Programmnummern von den Rundfunkanstalten mit Vorsicht angefaßt werden. Denn es kann nicht Aufgabe unserer Rundfunkanstalten sein, tendenziöse Übertreibungen und Instinktsigkeiten zu verbreiten.

Kabarettisten und denen, die es werden möchten, sei es mit roter Tinte ins Stammbuch geschrieben: Auch die Narrenfreiheit ist Freiheit, man sollte sie nicht mißbrauchen.

Gewisse Publizisten

(HuF) Meinungsterror? Zum Problem der Massenmedien, von Bert Berlin — Holzner Verlag, Veröffentlichung des Göttinger Arbeitskreises 1953.

Gewissen Publizisten, vorzugsweise denen, die sich Realisten nennen, sind die Vertriebenen ein Dorn im Auge. Sie haben inzwischen eine ausgeklügelte Technik entwickelt, die Vertriebenen zu diffamieren und ihnen die Schuld an der eisigen Atmosphäre unserer Beziehungen zum Ostblock in die Schuhe zu schieben. Bert Berlin hat sich in seiner Broschüre mit diesem Phänomen westdeutscher Meinungsmacher auseinandergesetzt. Als Beispiel untersucht er eine vom Hessischen Fernsehen ausgestrahlte Sendung über die Gebiete jenseits der Oder/Neiße, für die Hansjakob Stehle verantwortlich zeichnete. Jedes Argument der Sendung wird von Berlin kritisch, aber objektiv geprüft. Die Analyse ist vernichtend. Stehle hat offenbar ganz bewußt den deutschen Fernsehzuschauern seinen persönlichen Standpunkt vorgeführt, aber nicht die Tatsachen und geschichtlichen Wahrheiten. Bert Berlins Buch ist vor allem den Fernsehanstalten zu empfehlen, sie können daraus lernen.

Geographie mangelhaft

(HuF) Man sollte wenigstens ungefähr über die Geographie Mitteleuropas Bescheid wissen, bevor man über politische Fragen schreibt, die Deutschland und Mitteleuropa betreffen. Der „Frankfurter Rundschau“ blieb es vorbehalten, ihr Nichtwissen vor aller Welt auszubreiten, denn sie mokierte sich über einen Wegweiser auf CDU-Plakaten: „Nach Königsberg 590 km, nach Gleiwitz 478 km, nach Danzig 470 km.“ Der Zeitung erschien dieser Wegweiser irreal. Sie gab zwar zu, daß es stimmen könne, daß es „von einem bestimmten Ort in der Bundesrepublik nach Königsberg 590 km sind“. Den Ort aber kennt diese deutsche Tageszeitung offenbar nicht. Auf die Idee, daß es Berlin sein könnte, und daß dieser Wegweiser am Mehringdamm steht, über den die in Aachen beginnende Bundesstraße 1 weiter nach Königsberg führt, ist in Frankfurt keiner gekommen.

Landberger-Treffen in Nürnberg

Der Einladung der Bundesarbeitsgemeinschaft Landsberg (Warthe) zu einem Treffen am 2. Oktober in Nürnberg waren die Landsleute aus ganz Nordbayern und darüber hinaus bis zur Zonengrenze und zum Alpenrand so zahlreich gefolgt, daß der schöne Raum im Marientorzwinger bis auf den letzten Platz gefüllt war. Landsmann Kaplick, Fürth, Leiter der Versammlung, gab seiner Freude über den stattlichen Besuch in herzlicher Begrüßung Ausdruck, hieß den Redner des Tages, Landsmann Studienrat Erich Hecht, Bückeburg, sehr herzlich willkommen und gedachte in warmen Worten des vor Jahresfrist unerwartet verstorbenen langjährigen Leiters der Nürnberger Heimatgruppe Ob.-Reg.-Medizinalrat Dr. Gustav Müller, zu dessen Ehren sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben.

Landsmann Hecht, Schatzmeister der Bundesarbeitsgemeinschaft und Betreuer von ihm mit sehr viel Liebe reich ausgestatteten Landsberger Heimatstube in unserer Patenstadt Herford in Westfalen, überbrachte die Grüße des Vorstandes aus Hannover, schilderte in großen Zügen die augenblicklichen Verhältnisse in der verlorenen Heimat und sprach sodann in ausführlichem Vortrage an Hand von zahlreichen Lichtbildern über „Landsberg (Warthe) einst und jetzt“. Die schönen Bilder aus längst verklungenen friedvollen Tagen, die unsere Stadt mit ihren verkehrsreichen Straßen und alten und modernen Geschäftshäusern, mit stillen, verträumten Winkeln und freundlichen Anlagen, mit Kirchen und Friedhöfen, Schulen und öffentlichen Bauten, mit Strom und Teich und Brücke vor dem Beschauer vorüberziehen ließen, weckten schmerzliche Erinnerungen und wehmütige Gedanken an freudige und traurige Erlebnisse mit lieben Verwandten, Freunden, Nachbarn, Kollegen und guten Bekannten, von denen so viele droben auf dem ge-

schändeten und verwilderten Friedhof ruhen oder die ihr Leben in Elend und Heimatlosigkeit irgendwo in der Fremde beschließen mußten.

Die Bilder des neuen, von den Polen Gorzow genannten Landsberg stammen aus jüngster Zeit und sind zumeist von den wenigen Landsleuten, die eine geschäftliche Reise zur Posener Messe mit einem Besuch der alten Heimat verbinden konnten, unter zum Teil schwierigen Umständen aufgenommen worden. Die Bilder zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, daß von dem alten Bild der Heimatstadt, wie wir es in unseren Herzen tragen, nur noch wenig übriggeblieben ist. Zwar sind die grauenvollen Zerstörungen der letzten Kriegs- und Nachkriegstage größtenteils beseitigt, die weiten Schutt- und Trümmerflächen beseitigt und die Ruinenstraßen in langen Fluchten wieder bebaut; aber durch die Schaffung neuer Anlagen, Plätze und Durchblicke, zum Teil recht erfreulicher Art, und durch die Bebauung oder Bepflanzung alter wohlvertrauter Stätten, durch die ungewohnte Bauweise der Häuser etwa in der Richtstraße und Wollstraße und die Verlegung ganzer Straßenzüge hat das Stadtbild ein gänzlich verändertes, fremdartiges Aussehen bekommen, so daß es vielfach schwer wurde, die gezeigten Baulichkeiten, Straßen oder Stadtteile zu lokalisieren, und der Beschauer die schmerzlich bedrückende Erkenntnis gewann, daß die früheren Bürger Landsbergs sich heute nur noch mit Mühe in den Mauern ihrer Stadt zurechtfinden könnten.

Dennoch leuchtet, wie Landsmann Kaplick in seinem Schluß- und Dankwort betonte, ein leiser Schimmer der Versöhnung und des Friedens über diesen Bildern, den alten wie den neuen; die gräßliche Sprache von Ruinen und Brand und all dem furchtbaren Grauen des Krieges ist verstummt!

Nicht jeder Schaden fällt unter Kriegsfolgelasten

(HuF) Nach den bestehenden Gesetzen über die Regelung von Kriegsfolgenlasten kann eine Entschädigung für eine infolge des Krieges verlorengegangene Briefmarkensammlung nicht gewährt werden. Mit dieser Begründung hat der Petitionsausschuß des Bundestages eine Eingabe abschlägig beschieden. Mit der Entscheidung des Gesetzgebers, nicht alle durch den Krieg oder kriegsbedingte Ereignisse hervorgerufene Schäden zu berücksichtigen, sondern nur bestimmte Schäden, die nach Entstehungsart, -zeit und -ort sowie ihrem Umfang nach gesetzlich festgelegt sind, soll kein Urteil über den Wert der verlorengegangenen Gegenstände getroffen werden. Unter Abwägung der finanziellen Möglichkeiten für Entscheidungsleistungen bleiben solche Wirtschaftsgüter, deren Verlust die wirtschaftliche Existenz des Eigentümers nicht unmittelbar berührt hat, bei einer Schadensfeststellung und Entschädigung außer Betracht. Schäden an Gegenständen dieser Art würden auch die Geschädigten vor kaum zu überwindende Beweisschwierigkeiten stellen und eine objektive Bewertung bei einer Schadensfeststellung meist ausschließen, zumal diese Güter häufig in den Bereich der immateriellen Werte oder Liebhaberwerte hineinreichen.

Wenig Hoffnung auf Vermißte

(HuF) „Es gibt keinen Beweis dafür, daß noch ganze Gruppen von Kriegsgefangenen irgendwo verborgen gehalten werden“, aber es gebe noch eine „Lücke der Ungewißheit“, ob nicht noch einige Kriegsgefangene in der Sowjetunion lebten. Zu diesem Ergebnis ist die wissenschaftliche Kommission für die Kriegsgefangenengeschichte beim Deutschen Roten Kreuz bei ihren Nachforschungen nach dem Verbleib der vermißten deutschen Soldaten gekommen. In einem Bericht heißt es, es gebe im Ausland noch frühere Kriegsgefangene, verschleppte Deutsche, die aus den verschiedensten Gründen mit ihren Familien keinen Kontakt aufgenommen hätten. Zwar gebe es zwischen den Angaben der Sowjets aus dem Jahr 1950 über die noch in ihrer Hand befindlichen Kriegsgefangenen und den danach Entlassenen eine Diskrepanz von über 100 000 Mann. Trotzdem halte das Rote Kreuz die Hoffnung für unbegründet, es könnten in der Sowjetunion noch ganze Gruppen von Kriegsgefangenen verborgen gehalten werden.

Das Flüchtlingshilfegesetz

Das Flüchtlingshilfegesetz — Bundesratsdrucksache IV/2811 — ist vom Bundesrat verabschiedet worden. Das Gesetz, welches nach Ansicht der Regierung die Gleichstellung der Sowjetzonenflüchtlinge mit den Heimatvertriebenen einleiten soll, kann nun nach Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten verkündet werden.

Das Gesetz wird für diejenigen Mitteldeutschen gelten, die nicht den Ausweis C erhalten haben, die aber bei ihrer Ankunft im Westen das Notaufnahmeverfahren oder ein ähnliches Verfahren durchlaufen haben. Ihnen soll u. a. eine Einrichtungshilfe gewährt werden. Sie beträgt 1200,— DM zuzüglich 200,— DM für den Ehegatten und 150,— DM für jedes Kind unter 18 Jahren. Voraussetzung ist, daß der Flüchtling in Mitteldeutschland einen eigenen Haushalt zurücklassen mußte. Der Antragsteller darf nicht mehr als 500,— DM verdienen zuzüglich 120,— DM für den Ehegatten und je 60,— DM für seine sonstigen Familienangehörigen.

Eine Beihilfe für den Lebensunterhalt wird Flüchtlingen gewährt, die älter als 65 Jahre oder durch Krankheit dauernd erwerbsunfähig sind. Für Frauen gilt die Altersgrenze von 60 Jahren.

Eingliederungsdarlehen werden bis zum Höchstbetrag von 35 000,— DM gewährt, Flüchtlinge, die nach dem 31. Dezember 1959 in die Bundesrepublik oder nach Westberlin kamen, können bis zu 40 000,— DM erhalten.

Flüchtlingsbetriebe sind vorzuziehen

(HuF) Flüchtlingsbetriebe sind bei der Vergabe öffentlicher Aufträge den Betrieben der Einheimischen vorzuziehen. Dies entschied der VIII. Senat des Bundesverwaltungsgerichts, der sich mit einer Klage eines Heimatvertriebenen Geschäftsmannes gegen das Land Bayern zu befassen hatte. Dem Kläger war es nicht gelungen, von einer Landesbehörde Aufträge zu erhalten.

20 Jahre Friedland

(HuF) Das Grenzdurchgangslager Friedland feierte in diesen Tagen sein zwanzigjähriges Bestehen. Für über 1,5 Millionen Sowjetzonenflüchtlinge, mehrere hunderttausend Rußlandheimkehrer sowie über 400 000 Aussiedler aus den unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten sowie aus den Ostblockländern war Friedland die erste Station in der freien Welt.

Die 18. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz

Von Josef Stingl MdB.

ONI — (Oder-Neiße-Informationen)

Der Streit um die nunmehr endgültig verabschiedete LAG-Novelle, vor allem aber irreführende Erklärungen über angebliche Verschlechterungen der sozialen Leistungen durch die Streichungen des Vermittlungsausschusses, geben Veranlassung, die wesentlichen Verbesserungen durch die 18. LAG-Novelle zu erläutern.

Die 18. LAG-Novelle bringt in erster Linie eine Anpassung der sozialen Leistungen an die wirtschaftliche Entwicklung. Die Unterhaltshilfe ist für den Berechtigten auf 190,— DM, der Zuschlag für den Ehegatten auf 115,— DM, die Kinderzuschläge auf 65,— DM erhöht worden. Die Selbständigenzuschläge zur Unterhaltshilfe betragen künftig 40,— bis 100,— DM und erhöhen sich für den Ehegatten auf Grund der 18. Novelle um 20,— bis 50,— DM (bisher nur um einheitlich 10,— DM). Mit diesen Verbesserungen ist die volle Eingliederung der alten und erwerbsunfähigen ehemaligen Selbständigen erreicht worden, wie sie für die ehemals Unselbständigen seit langem durch die Fremdentengesetzgebung erfolgt ist.

Die Anrechnungsfreibeträge bei der Unterhaltshilfe bei Überschneidung mit anderen Einnahmen wurden erhöht. Der Freibetrag bei Überschneidung mit Sozialversicherungsrenten beträgt 48,— DM gegenüber bisher 41,— DM. In den Fällen, in denen Unterhaltshilfeempfänger mit Selbständigenzuschlag Sozialrenten beziehen, erhöht sich der Selbständigenzuschlag von bisher 14,— DM auf 21,— DM; diese Anhebung ist notwendig, damit die Empfänger von Selbständigenzuschlägen, bei denen der Freibetrag von 48,— DM nicht wirksam wird, in den vollen Genuß der durchschnittlichen Rentenerhöhung auf Grund der Rentenanpassungsgesetze ohne Kürzung der Unterhaltshilfe gelangen können.

Die Unterhaltshilfe wird künftig auf die Hauptentschädigung nur zu 10 % angerechnet.

In die Unterhaltshilfe sind drei weitere Jahrgänge einbezogen worden.

Unter bestimmten Voraussetzungen werden künftig mithelfende Familienangehörige in die Unterhaltshilfe mit einbezogen.

Sterbegeld ist für Unterhaltshilfeempfänger von 300,— auf 500,— DM erhöht worden.

Künftig sind auch Erben von Geschädigten anspruchsberechtigt, die bis zum 31. Dezember 1961 in der SBZ verstorben sind.

Für die Gewährung von Aufbaudarlehen sind zusätzlich je 100 Millionen DM für die Rechnungsjahre 1966 und 1967 bereitgestellt worden.

Die Verbesserungen auf Grund der 18. LAG-Novelle erreichen insgesamt das Volumen von 2,9 Milliarden DM und liegen damit um 1 Milliarde über der ursprünglichen Regierungsvorlage. Die immerhin beträchtlichen Verbesserungen haben die CDU/CSU-Fraktion veranlaßt, dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses zuzustimmen, zumal die Ablehnung des Vorschlags des Vermittlungsausschusses das völlige Scheitern der 18. LAG-

Novelle zur Folge gehabt hätte; dies hätte zu dem Ergebnis geführt, daß die Bezieher von Unterhaltshilfe und Sozialversicherungsrenten auf Grund der Anrechnungsbestimmungen eine Kürzung der Gesamtleistung hätten hinnehmen müssen.

Es erschien der CDU/CSU-Fraktion auch vordringlich, die sozialen Leistungen im Lastenausgleich insgesamt an die wirtschaftliche Entwicklung anzupassen. Die Kürzung der Leistungsverbesserungen von rund 7,5 Milliarden auf 2,9 Milliarden DM ist nicht nur von den Vertriebenen innerhalb der CDU/CSU-Fraktion, sondern von der Gesamtkonfraktion bedauert worden, aber einmütig haben sich sowohl der Fraktionsvorsitzende Dr. Barzel als auch der Parteivorsitzende Dr. Adenauer für eine baldige Verabschiedung der 19. LAG-Novelle ausgesprochen, die die Punkte behandeln soll, die jetzt nicht zum Zuge gekommen sind. Dies gilt ganz besonders für die Verbesserung der Bewertung der Schadensbeträge bei kleineren Betriebsvermögen und die Erhöhung der Hauptentschädigung, deren Kosten sich allein auf 2,65 Milliarden DM belaufen.

Ein besonderes Anliegen ist auch die Stundung der Vermögensabgaben für So-

wjetzonenflüchtlinge mit Vermögensverlusten in der SBZ.

Es ist damit zu rechnen, daß die Vorausschätzungen über die Reserven des Lastenausgleichsfonds bei der Beratung der 19. LAG-Novelle ein besseres Bild über den finanziellen Spielraum geben als zur Zeit. Der Nürnberger Vertriebenen-Kongreß der CDU/CSU Anfang Mai 1965 hatte mit Zustimmung der beiden Parteien gefordert, daß die sich bis zum Ende der Laufzeit ergebenden Fondsreserven ungeschmälert für Leistungsverbesserungen verwendet werden sollen. Bei den künftigen Novellierungen muß darauf geachtet werden, daß nicht nur die Leistungen insgesamt verbessert werden, es muß auch ein finanzieller Spielraum bleiben für die Beseitigung noch heute bestehender Härten z. B. in der Stichtagsfrage.

Die Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten können versichert sein, daß sich die CDU/CSU ihrer Belange auch künftig auf das entscheidendste annehmen wird. Es muß aber auch festgestellt werden, daß die bisherigen und die künftigen Leistungen nur auf der Basis einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik und einer Politik der sozialen Befriedung möglich waren und sind.

19. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz

Dr. Adenauer kündigte 19. Novelle an

(HuF) Nach den nächsten Bundestagswahlen wird sich die CDU dafür einsetzen, daß in einer 19. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz die Vertriebenen und Flüchtlinge eine angemessene Verbesserung der Entschädigungsleistungen erhalten werden, erklärte Bundeskanzler a.D. Dr. Adenauer am 30. Juli zu den Auseinandersetzungen um die gekürzte 18. Novelle. Dr. Adenauer kritisierte die Haltung der Ländervertretung, die sich für eine Kürzung der 18. Novelle ausgesprochen hatte.

„Die Abstimmung im Bundesrat hat den Beweis erbracht“, so heißt es in der Erklärung Dr. Adenauers, „daß die CDU die Vergünstigungen der 18. Novelle in ihrer jetzigen Fassung gerettet hat. Durch dieses realistische Verhalten hat die CDU den Unterhaltshilfeempfängern und den ehemals Selbständigen die fristgerechte Verbesserung ihrer Bezüge gesichert.“

In Übereinstimmung mit der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden, Dr. Rainer Barzel, versichere ich, daß für die CDU die jetzige Regelung durch die 18. Novelle unbefriedigend ist. Die CDU-Fraktion hat sich im Interesse der Geschädigten mit dieser Teillösung abfinden müssen, die z. Z. infolge der Haltung der Länder die einzige Möglichkeit ist. Ich versichere, daß ich der 19. Novelle in der parlamentarischen Arbeit der neuen Legislaturperiode eine hohe Dringlichkeit zuerkenne und dafür sorgen werde, daß den Vertriebenen und Flüchtlingen eine angemessene Verbesserung der Entschädigung zukommen wird.

(HuF) Bundeskanzler Erhard hat erneut bekräftigt, daß die Bundesregierung unverändert an einer vollen Ausschöpfung der Reserven des Lastenausgleichsfonds festhält. In einem Gespräch mit dem für die CDU kandidierenden Vizepräsidenten des Bundes der Vertriebenen, Staatssekretär a. D. Hellmut Gossing, versicherte Professor Erhard, auch eine von der CDU geführte neue Bundesregierung werde dafür eintreten, daß der neue Bundestag im Rahmen der durch die gekürzte 18. Novelle nicht verbrauchten Reserven ein 19. Lastenausgleichsänderungsgesetz vordringlich verabschiedet.

Saar-Ministerpräsident Dr. Röder

für 19. Novelle

(HuF) Der saarländische Ministerpräsident Dr. Röder hat sich dafür ausgesprochen, daß die Entschädigungsleistungen für den Lastenausgleich in der bevorstehenden 19. Novelle angemessen verbessert werden sollen. Wie Dr. Röder in einem Gespräch mit den Repräsentanten des Bundes der Vertriebenen und des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge versicherte, werde sich die saarländische Landesregierung im Bundesrat für die Verabschiedung einer solchen Novelle einsetzen.

55 Milliarden Lastenausgleich

(HuF) Bisher sind über 55 Milliarden D-Mark im Rahmen des Lastenausgleichs an die Geschädigten in der Bundesrepublik ausgezahlt worden, teilte das Bundesausgleichsamt in Bad Homburg mit.

Davon entfallen 16 Milliarden DM auf Unterhaltshilfe und Entschädigungsrenten; 11,6 Milliarden DM wurden für die Förderung des Wohnungsbaues zur Verfügung gestellt.

LANDSBERG/Warthe einst und jetzt

● EINE REISE IN DIE HEIMAT · Originalbericht von M. P.-K.

(3. Fortsetzung)

Wir waren in der Friedeberger Straße stehengeblieben, oben, beim Seidlerschen Gut. Nun soll ein Gang über den St. Marien-Friedhof folgen. Doch davon lesen Sie im nächsten Blatt. Das ist dann der Schluß der Reise in die Heimat.

In der Hohenzollernstraße wohnten viele bekannte Landsberger Bürger, auch in den Seitenstraßen. Hier wohnte und lebte man schön und ruhig. Zu Spaziergängen gab es hier reichlich Gelegenheiten im Zanziner Wäldchen, zum Heinersdorfer See, an der Kladow und auch zum nahe gelegenen Schönfließ-Park. Dieser nördlichste Stadtteil Landsbergs wurde auch als Villenviertel bezeichnet, obgleich es hier zwar viele Häuser im Landhausstil mit schönen gepflegten Gärten gab, aber doch die Mehrzahl der Häuser von mehreren Familien bewohnt wurde.

1945, als die Russen Landsberg besetzt hatten, bezogen russische Offiziere in der Hohenzollernstraße Quartier. Das bewirkte, daß die Häuser hier im großen und ganzen vor Zerstörungen bewahrt wurden.

Der Eindruck, den wir von der Hohenzollernstraße haben, die wir nun erreichen, ist nicht schlecht. Bis auf Haus Nr. 1 (Carl Bahr) scheinen noch alle Häuser vorhanden zu sein. Sie machen auch einen gepflegteren Eindruck als die alten Häuser in der Innenstadt. Der Schützensee mit seiner Laubenkolonie liegt in stiller Ruhe wie in früherer Zeit. Und die Hardenbergstraße — ist immer noch nicht gepflastert!

Wir wollen nun nach Heinersdorf und kommen zum Zanziner, der direkt zu einem Spaziergang einladet. Wir sehen auch das Wasserwerk, das wie früher seinen Dienst tut.

Die Häuschen auf dem Wege nach Heinersdorf sind auch recht nett in Ordnung. Diese Straße trägt jetzt übrigens ihren

Namen nach der Kiesgrube, die auch in Betrieb ist. Das ehemalige Levysche Gut auf dem Berg ist von Russen belegt und auf den Feldern der ehemals Daubitzschen Wirtschaft ist von den Russen eine große Radarstation errichtet. Kein Mensch darf das Gelände betreten. Auf den Feldern sieht man nicht viel Maschinen, es wird noch mehr mit den Händen gearbeitet.

In Heinersdorf soll es keine Einkaufsmöglichkeit geben, man muß also nach Landsberg laufen, um Lebensmittel und alles andere kaufen zu können. Man hat im Dorf auch den Eindruck, daß hier noch ziemlich große Armut herrscht. Die gewaschene Wäsche hängt meist auf dem Zaun, ein Anblick, der uns fremd ist. Vom Aussehen der Häuser und Fenster will ich schweigen. Die Dorfstraße war so aufgeweicht, daß wir mit dem Wagen nicht durchkamen, und zu Fuß ging uns der Schmutz bis über die Knöchel. Das kann aber wohl nur in Orten passieren, die keinen Durchgangsverkehr haben.

Gespannt waren wir auf die Zustände in Lorenzdorf, denn auch daran knüpfen sich viele schöne Erinnerungen. Aber es war erschütternd. Das ehemalige Gutshaus der Familie Wilke, gleich am Dorfeingang, ist ganz verfallen. Die Sommerlaube hängt nur noch ganz schief am Gemäuer. Eine Rundfahrt um die Kirche genügte uns; ohne Gummistiefel konnten wir den Wagen nicht verlassen. Gut sehen dagegen die Höfe von Rex und Sasse aus. Haus und Stallungen waren bestens in Ordnung.

Die Zeit drängte. Wir wollten noch zu den IG Farben-Werken und fuhren nun durch die Düppelstraße rüber zur Friedeberger Chaussee. Hier fährt die Straßenbahn hinauf durch die Düppelsiedlung, die übrigens stark erweitert worden ist. Die Bahn fährt bis zu den ehemaligen Brandenburgischen Landesanstalten, die in ein Hospital umgewandelt worden sind.

Die früheren IG Farben-Werke, jetzt polnisch STILON-Werke, sollen das größte polnische Kunstfaserwerk sein. Man hat enorme Mittel hier investiert, und es wird ständig weiter gebaut. Täglich ergießt sich ein Menschenstrom hier hinauf und hinab. Große Wohnblocks für die hier arbeitenden Polen sind bereits geschaffen und es wird weiter gebaut. Hier beim Werk befindet sich auch das schon früher (einschließlich Fernheizung) vorhandene Elektrizitätswerk, das jetzt die Stadt mit Strom versorgt. Das alte E-Werk besteht aber auch noch und ist irgendwie an der Stromerzeugung oder -versorgung beteiligt; vielleicht für die Straßenbahn.

Und nun zum Friedhof. Davon lesen Sie im nächsten Blatt.

(Schluß in Blatt Nr. 11)

Achtung!

Landsberger in Berlin!

Unser nächstes Treffen in Berlin findet statt am 13. November 1965 (Sonnabend ab 14 Uhr) im Parkrestaurant Süden, Steglitzer Damm 95. (Autobusse 33, 75 und 83)

Wir bringen an diesem Nachmittag ab 16 Uhr die

Schallplatten - Dokumentation

zum

Jahr der Menschenrechte

zu Gehör — II. Teil.

Dazu werden Lichtbilder gezeigt.

Außerdem zeigen wir eine Lichtbildreihe des

Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Wir bitten um frühzeitiges Erscheinen, da während der Auf-
führung keine Bedienung und keine Gespräche stattfinden können.

Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

P. Schmaeling

Viele Bilder

(Fotos) aus dem Stadt- und Landkreis in allen Größen durch den kirchlichen Betreuungsdienst Paul Schmaeling, 1 Berlin 62, Koburger Straße 8.



Lorenzdorf, Krs. Landsberg (Warthe) heute

Marwitz und seine schöne alte Kirche

Von Otto Kaplick

(Fortsetzung und Schluß)

Denn Marwitz ist Stammsitz der uralten neumärkischen schloßgesessenen Adelsfamilie, die ihren Namen von ihrem Dorf und ihrer Burg darin führte. Das heute ausgestorbene Geschlecht der Herren von der Marwitz, nachmals in Krieg und Frieden im Dienste Brandenburg-Preußens hochberühmt, war schon in der Zeit der deutschen Besiedlung hier anwesend und ist ein halbes Jahrtausend im Besitz des Rittergutes gewesen. Der letzte Herr von der Marwitz auf Marwitz verkaufte 1747 sein Gut für 34 000 Taler an die Familie von Bergen. Johann Philipp von Bergen, „gewesener Fürstlich Anhalt-Dessauer Stallmeister und Usufructuarius (Nutznießer) des Gutes Marwitz“ starb am 19. Juli 1801 an der Brustwassersucht, wie das Totenregister der Landsberger Konkordienkirche berichtet. Seit seinem Tode war das Gut an die Familie Iffland verpachtet, die auch auf den Domänenvorwerken Hammer und Liebenhal im Kreis Niederbarnim und in Nantikow Krs. Arnswalde als Besitzer anwesend war. Sie hat das Gut in Marwitz nebst Brennerei und Ziegelei zu hoher Leistungsfähigkeit entwickelt; an ihren tüchtigen Inspektor Kedor erinnere ich mich gut und gern. Die Familie von Bergen starb 1851 mit dem Stadtgerichtsrat Joh. Heinr. Gottlieb von Bergen in Burg bei Magdeburg in männlicher Linie aus.

Die „alten Ritter“ von der Marwitz fanden jahrhundertlang ihre Ruhestätte im Grabgewölbe auf dem stillen Friedhof an der Kirche, bis ihre Särge und die ihrer Frauen und Kinder in den Gruftanbauten am Gotteshaus gemeinsam bestattet wurden. Der Anbau an der Südseite, von

außen zugänglich und in der Neuzeit als Leichenhalle benutzt, stammt aus dem Jahre 1726 und ist wahrscheinlich von dem letzten von der Marwitz vor dem in Aussicht genommenen Verkauf des Gutes in schöner Pietät errichtet worden; der nördliche Anbau ist durch eine Tür mit prachtvollen schmiedeeisernen Beschlägen vom Kircheninnern her zugänglich und erst unter den neuen Besitzern 1776 geschaffen worden. Hier schliefen die „alten Ritter“ ungestört den ewigen Schlummer, und die Dorfkinder lugten, wie Walter Herrmann aus seiner Jugend berichtet, verstoßen und mit leichtem Gruseln durch die kleinen Fenster in den Türen, um einen Blick auf die alten Prunksärge zu erhalten.

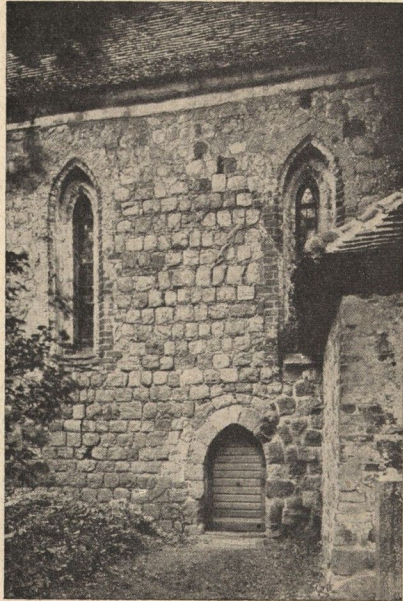
Hart über den engen Fensteröffnungen wird der Kirchenraum durch eine flache Balkendecke abgeschlossen. Das Gestühl ist alt und stammt ebenso wie die Orgelempore aus der Zeit nach dem Dreißigjährigen Kriege. In diese Zeit weist auch das Fenstermedaillon der Nordseite hin, das ein Wappen mit Brezel und Krone, gehalten von Greif und Löwe — Bäckerwappen? — und die Inschrift trägt: „Lorentz Ebel lest dies machen Got zu ehren und der Kirche zum gefallen. 1657. Hans Pochner.“ Wir kennen den Stifter nicht; vielleicht war er ein Verwandter jenes Steffen Pochner, der 1608 Landreiter, also Landrat des Kreises Landsberg war. Die zinnernen Altarleuchter wurden vom Landsberger Zinggießer Johann Ernst Raeder geschaffen, daß ebenfalls zinnerne Taufbecken 1837 von Katharina und Christian Kugel gestiftet. Der Turm, in Fachwerk ausgeführt und an der Wetterseite mit Brettern beschlagen, wurde 1716 erbaut,

wie die Jahreszahl in der Wetterfahne anzeigt. Eine Glocke vom Jahre 1706, gegossen in Stettin, trägt die Namen des Patrons Landrat Kurt Dietrich von der Marwitz, des Predigers Daniel Schulz und der Kirchenvorsteher Egidius Krumteich und Peter Apitz.

Im Jahre 1923, als ich zusammen mit meinem frühvollendeten Freunde, Stadtarchivar Fritz Buchholz, aus Landsberg den mit der Inventarisierung der Bau- und Kunstdenkmäler im Kreise beauftragten Professor G. Voß aus Berlin auf seinen Fahrten begleiten durfte, stiegen wir mit dem Gutsherrn Iffland und dem Pfarrer Peiper auf den Kirchboden hinauf. Dieser Aufstieg über die morschen Bretter war nicht ganz ungefährlich, aber sehr lohnend. Denn hier am Ostgiebel der Kirche, vom Schiff her nicht sichtbar, befindet sich eines der größten Kunstwerke des an Schätzen nicht gerade reichen Landsberger Kreises, ein von einem Spitzbogen eingerahmtes Fresko der Kreuzigung Christi. Das fast drei Meter hohe und breite, stark verfallene Gemälde zeigt in roter und weißer Farbe den Erlöser am Kreuz, neben ihm Maria und Johannes „in klagender Gebärde“, links mit Helm den Kriegsknecht Longinus, der dem Herrn die Lanze in die Seite stößt, rechts die Leiter, stark überfliegende Engel. Das Bild stammt aus dem 14. Jahrhundert, gehört nach Prof. Voß der Soester Schule an und ist zweifellos die älteste Malerei im Landsberger Lande und daher von außerordentlichem Wert. Man kann nur hoffen, daß die neuen Herren des Landes, die, wie man hört, im Dorfe gute und tüchtige Aufbaubarbeit geleistet haben, sich ihrer künstlerischen und denkmalpflegerischen Verpflichtung nicht entziehen!



Ostseite
der Kirche
in Marwitz



Teil der
Südwall
der Kirche

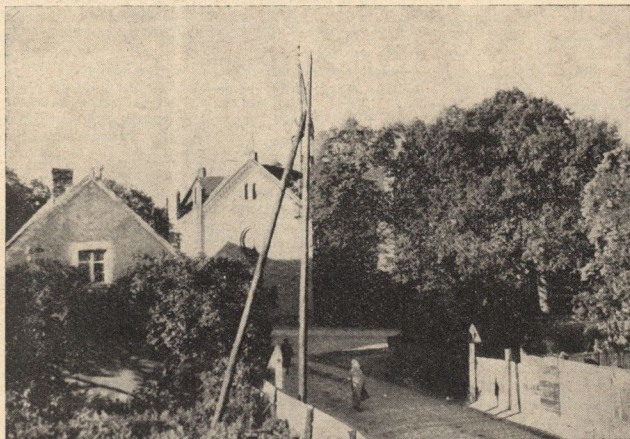
Die Familie von der Marwitz, die jahrhundertlang zu den größten Grundbesitzern der Neumark gehörte — sie war in Beerfelde, Diedersdorf, Gennin, Grünrade, Kriening, Hohenwalde, Pyrehne, Ratzdorf, Stennewitz, Tornow und anderen Orten kürzere oder längere Zeit angesessen — besaß im 19. Jahrhundert in der Neumark nur noch Kölpin im Kreise Arnswalde. Hauptsitz wurde und blieb bis in die Gegenwart das Gut Friedersdorf im Kreise Lebus, das der Hofmarschall in Fürstlich Anhalt-Zerbster Diensten Johann Georg von der Marwitz 1685 von seinem Schwiegervater von Görtzke erwarb, auf dessen Beziehungen nach Anhalt wohl der spätere Übergang des Stammgutes Marwitz an die Anhalter Familie von Bergen zurückzuführen ist. Brenkenhoff, der berühmte Kolonisor des Netze- und Warthebruchs, der ebenfalls aus dem Lande Anhalt stammte, fühlte sich daher hier besonders wohl und hat oft in Marwitz gewohnt. Über Friedersdorf und seinen Schloßhern Friedr. Aug. Ludwig von der Marwitz, den feudalen Gegner der liberalen Reformen Steins und Hardenbergs, und seine beiden in den Freiheitskriegen gefallenen Brüder, insonderheit den jugendlichen Alexander, den berühmten Freund der berühmten geistreichen Berliner Jüdin Rahel Levin, berichtet Theodor Fontane trefflich in seinem „Oberland“.

Das Gut Marwitz umfaßte rund 7500 Morgen, davon über 2000 Morgen Wald. Zum Gute gehörte das Vorwerk Schönfeld am Wege nach Liebenow, im Mittelalter ein selbständiges kleines Dorf, ferner im Bruche die nach Gennin eingepfarrte Kolonie Klein-Marwitz. Der Marwitzer Teerofen zählte 1861 in drei Häusern 31 Einwohner. In der Nähe am Waldrand liegt die Marwitzer Mühle, bereits im Jahre 1337 als Mahl- und Schneidemühle genannt; 1829 durchbrach das aus dem Prandensee kommende hochangeschwellene Mühlenfließ das Wehr, riß die Mühle weg und richtete große Zerstörungen an. Sie wurde nicht wieder aufgebaut, und der Mühlenteich ist seitdem Wiesenland. Das Marwitzer Fischerhaus, beliebt bei Sommerausflüglern und Badegästen, lag herrlich am Großen Stegsee, tief im Walde an der Grenze zum Kreise Soldin; es zählte um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in 2 Häusern 10 Einwohner. Die Försterei Marwitz an der Straße nach Lichtefleck wurde lange Jahre vom Hegemeister Lebus verwaltet.

Im wundervollen Park des Schlosses Eremitage bei Bayreuth, das Friedrichs des Großen ältere Liebblingsschwester Wilhelmine sich erbaut hatte, liest man auf einem Pfeiler des Ruinentheaters eine von der Markgräfin selbst verfaßte französische Inschrift:

„Albertine von Marwitz, tiefer in meinem Herzen eingegraben als in diesem Stein. W.“ Albertine war zusammen mit ihrer Schwester Dorothea Wilhelmine, beide Töchter des friderizianischen Generals und Gouverneurs von Breslau Heinrich Karl von der Marwitz, Hofdame und engste Vertraute der Markgräfin Wilhelmine, bis Albertine „das Herz des Markgrafen raubte“, die Ehe der Fürstin empfindlich störte und von ihr kurzerhand nach Österreich verheiratet wurde! Ihr Bild, von der Künstlerhand Antoine Pesnes gemalt, grüßt im Musikzimmer des Schlosses den erfreuten Besucher aus der Mark Brandenburg als strahlend schönes, jugendlich bezauberndes, voll erblühtes Edelfräulein!

Ludwigsruh/Nm. im Sommer 1964



Links: Grundstück von Holz, Mitte: die Kirche, rechts: Grundstück von Säwert



Die alte und die neue Schule von Ludwigsruh



Ludwigsruh – das Haus von Musiker Martin

Schuldbuchgläubiger

Auszug aus der Liste der Schuldbuchgläubiger des Landkreises LaW., II. Teil

In diesem Auszug sind nur Namen von Neumärkern (Schuldbuchgläubigern, Anleihezeichnern) aufgeführt, von denen wir nicht wissen, ob sie oder ihre Erben schon ihre im Reichsschuldbuch eingetragenen Reichsanleihen zur Ablösung nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz angemeldet haben. (Siehe dazu auch die entsprechenden Erklärungen in den Heimatblättern Nr. 1 bis 5/65.)

Es ist uns bekannt, daß ein Teil der in der folgenden Liste genannten Personen, vielleicht der größere Teil, nicht mehr am Leben ist. Im Bereich der Bundesrepublik einschl. West-Berlin lebende Erben der verstorbenen Gläubiger sind berechtigt, die Schuldbuchforderungen bei der Bundes-schuldenverwaltung — Dienststelle Berlin — 1 Berlin 42, Platz der Luftbrücke 1-3, anzumelden. Die Anmeldung der Forderung kann auch erfolgen, wenn die Schuldbuchgläubiger keine Unterlagen über ihre Eintragung oder über die ihres Erblassers besitzen.

Die zu den Namen gehörigen Nummern der Liste sind von uns zu erfahren.

Unter den in der Liste Genannten befinden sich auch Neumärker, die in Mitteldeutschland und Ost-Berlin leben oder gelebt haben.

(Ohne Gewähr)

★

Schuldbuchgläubiger

Adam, Adolf, Landwirt, Woxholländer
Adam, Alma, Bürgerwiesen
Adam, Emil, Eigentümer, Schützensorge
Adam, Marie, Schützensorge
Albrecht, Marie, Landsberger Holländer
Altmann, Hannchen, Schönewald
Altmann, Martha, Landsberger Holländer
Altmann, Mathilde, Egloffstein
Apitz, Emilie, Zantoch
Apitz, Martha, Zantoch
Arndt, Friedr., Gend.-Obermeister, Vietz-Ostbahn
Bachert, Wilhelm, Eigentümer, Mornn
Baganz, Alma, Roßwiese
Balke, Erika, Loppow
Balzer, Irene, Vietz-Ostbahn, Bahnhofstraße 22
Bartz, Friederike, Kl.-Zettritz
Bartz, Friederike, Zettritz
Becker, Albertine, Gralow
Becker, Anna, Zantoch, Dorfstr. 105
Becker, Elisabeth, Tamsel, Dorfstr. 34
Becker, Emma, Vietz-Ostbahn
Becker, Franziska, Zantoch Nr. 158
Becker, Gertrud, Dühringshof
Behrend, Johanna, Döllensradung
Behrendt, Frieda, Vietz-Ostbahn
Bengisch, Otto, Schäfer, Gralow
Berger, Elly, Pyrehne
Berger, Wilhelm, Seidlitz
Besch, Albert, Wepritz
Beutler, Amanda, Vietz-Ostbahn
Beyer, Elfriede, Helen, Lipke
Binder, Anna, Altersorge
Bindrim, Grete, Bürgerbruch
Bläsing, Bertha, Lipke, Chaussee 18
Blauert, Emma, Vietz-Ostbahn
Blauert, Otto, Pyrehne
Bleich, Wilhelm, Wepritz, Warthestr. 4
Blockdorf, Otto, Dühringshof
Bobrowski, Renate, Bürgerwiesen
Bölter, August, Gr.-Zettritz
Bönke, Anna, Rohrbruch

Bohn, Martha, Woxholländer
Bohr, Johanna, Warnick
Boldin, Otto, Arbeiter, Mornn
Boldt, Berta, Cocceji-Neudorf
Born, Alice, Haushälterin, Pyrehne
Born, Auguste, Pyrehne
Bornstein, Hermann, Borkow
Bornstein, Martha, Johanneswunsch
Bornstein, Martha, Zantoch
Bottke, Karoline, Eulam
Boye, Wilhelm, Tamsel
Bredow, Erna, Cocceji-Neudorf
Breitag, Berthold, Fischerm., Fichtwerder
Briese, Karl, Gralow
Briese, Paul, Bauer, Landsberger Holländer
Brunch, Friedrich, Blumenthal
Brust, Auguste, Landsberger Holländer
Buchholz, Robert, Eigentümer, Schützensorge
Büttner, Hermann, Dühringshof
Büttner, Hermann, Dühringshof
Büttner, Ida, Cocceji-Neudorf
Clasen, Luise, Postagentin, Dechsel
Conrad, Elfriede, Ludwigsruh
Dalibor, Ernst, Auszügler, Zantoch
Dalibor, Ernst, Auszügler, Zantoch
Dehn, Walter, Cocceji-Neuwalde
Dennert, Hulda, Dühringshof
Dickmann, Aug., Eigentümer, Christophswalde
Dobberstein, Martha, Pyrehne
Dörfert, Franz, Louisenau
Domke, Emma, Dechsel
Dossow, Auguste, Zantoch
Dossow, Friedrich, Gralow
Drak, Erna, Zettritz
Dreikant, Alica, Loppow
Dreikant, Max, Gärtner, Dühringshof
Drichel, Carl, Kossät, Massin
Driese, Herbert, Gr.-Cammin
Ducks, Henriette, Lorenzdorf
Duvendorst, Dietrich, Lehrer, Blockwinkel
Ebert, Margarete, Dühringshof
Eckstein, Emma, Eulam
Engel, Martha, Gusch ü. Zantoch
Evers, Marie, Dühringshof
Fanselow, Karl, Gennin Nr. 25
Farr, Berta, Vietz-Ostbahn
Fedler, Else, Gusch ü. Zantoch, Dorfstr. 29
Fehling, Wanda, Vietz-Ostbahn
Feldbinder, Hedwig, Briesenhorst
Fender, August, Gerlachthal
Fenske, Berta, Gralow
Ferchow, Marie, Groß-Cammin
Fiebkke, Berta, Wepritz
Fischbach, Marie, Cladow
Fischer, Hedwig, Hausangest., Eulam
Fischer, Meta, Döllensradung
Fitsch, August, Egloffstein
Fleischer, Karl, Arbeiter, Dühringshof
Fobianke, Karl, Ausgedinger, Gralow
Freuer, Wilhelm, Schönewald
Friedrich, Martha, Plonitz
Fuhlbrügge, Anna, Marienspring
Futterlieb, August, Invalide, Eulam
Gerbitz, Paul, Landw., Schönewald
Gerlach, Frieda, Minna, Ober-Gennin
Giebel, Hermann, Arbeiter, Mornn
Gielsdorf, Frieda, Zantoch
Giese, Wilhelm, Gastwirt, Zantoch
Gilbert, Luise, Warnick
Gladosch, Marie, Döllensradung
Gliese, Wilhelmine, Mornn
Götz, Kurt, Vietz-Ostbahn

Gohlke, Anna, Pollychen
Gohlke, Else, Döllensradung
Gohlke, Hulda, Jahnsfelde
Gohlke, Max, Landw., Döllensradung
Gohlke, Richard, Pollychener Holländer
Golde, Martha, Vietz-Ostbahn
Gräf, Martha, Gralow
Grandlich, Auguste, Schützensorge
Grau, Else, Egloffstein
Gregor, Emma, Louisa ü. Vietz
Grell, Max, Sattlermeister, Zantoch
Griese, Karl, Gend.-Wachtmeister, Vietz-Ostbahn
Griffel, Hulda, Berkenwerder
Grosswendt, Martha, Dechsel
Grünke, Theodor, Landw., Roßwiese
Grünzke, Wilhelm, Schmiedemeister, Vietz
Grundmann, Martha, Vietz-Ostbahn
Günthner, Kathi, Schönewald
Gürtler, Dorothea, Gralow
Haase, Elsbeth, Pollychener Holländer
Habermann, Alfred, Landw., Dechsel
Hadel, Max, Pferdehändler, Vietz-Ostbahn
Hänseler, Friedrich, Wepritz
Hänseler, Gustav, Landw., Wepritz
Häusler, Reinhold, Ausgedinger, Ratzdorf
Hampel, Willy, Pollychener Holländer
Hannebauer, Julius, Altsitzer, Zechow
Hannebauer, Martha, Zechow
Hannebauer, Selma, Borkow
Harenz, Bertha, Fichtwerder
Hartmann, Wanda, Vietz-Ostbahn
Hartmann, Wilhelmine, Kl.-Zettritz
Hasenflug, Berta, Vietz-Ostbahn
Haupt, Franz, Wiesenwärter, Unter-Gennin
Hausmann, Alwine, Marwitz
Heering, Mathilde, Gennin
Heese, Berthold, Bürgerwiesen
Heese, Elisabeth, Kernein
Heese, Emil, Borkow
Heindel, Hermann, Landw., Vietz-Ostbahn
Heinrichs, Olga, Dechsel
Heinschke, Gustav, Kantor, Mornn

Bücher Bilder Wappen

von LANDSBERG und
Umgebung

Radierungen · Fotos
Wappenteller
Ansichtskarten-
Serien
Landsberger
Wappennadeln

Auskunft und Angebote
durch P. SCHMAELING
Berlin 62, Koburger Str. 8

Neue Leser des Heimatblattes

... Ich habe von einem Bekannten das HEIMATBLATT zum Lesen bekommen und bitte Sie nun, auch mir regelmäßig dieses Blatt zu übersenden.

... Mit freundlichen Grüßen!

Charlotte Lefek, geb. Buchholz
285 Bremerhaven 1, Buchstr. 49, früher
Stolzenberg/Kr. LaW.

✻

... Mit Freude über die prompte Erledigung der Bitte von Frau Bratzke, mir das HEIMATBLATT zu übersenden, überreiche ich Ihnen meinen Bestellchein.

... Mit freundlichem Gruß

Ihre Ingetraud Hennig,
geb. Kubisch
fr. LaW., Böhmstr. 7, jetzt: 2000 Hamburg 26, Palmerstr. 33.

✻

... Durch Zufall erfuhr ich Ihre Anschrift durch einen Herrn, dessen Frau auch aus dem Kreise Landsberg stammt. Ich bitte Sie recht herzlich, mir auch das Landsberger Heimatblatt zu senden. Ich bin in Diersdorf bei Vietz/Ostb. geboren. Bisher habe ich noch niemanden aus meiner Heimat getroffen. Mein einziger Bruder wohnt in Neuruppin. Ich habe im Landsberger Postamt als Telefonistin gearbeitet...

Beste Grüße!

Erna Steidl, geb. Müller
jetzt: 7902 Blaubeuren, Marktstr. 47.

✻

... Ich bitte um unsere Heimatzeitung — vielleicht finde ich dadurch noch Bekannte...

Frau Frida Ebeling, geb. Agotz
fr. LaW., Heinersdorfer Str. 20b, jetzt:
2100 Hbg.-Sinstorf, Garlsdorfer Stieg 16.

✻

... Möchte hiermit das Landsberger Heimatblatt bestellen!

Besten Gruß!

Elfriede Wernicke, geb. Liebsch
fr. LaW., Fischerstr. 6, jetzt: 447 Meppen,
Görresstr. 3. — Bei mir wohnt meine
Schwiegermutter, Marie Wernicke, früher
LaW., Lehmanstr. 14.

✻

... meine 14jährige Tochter wird in der Schule von ihrem Lehrer, Herrn Horst Lück, gefragt, ob die Eltern aus Landsberg (Warthe) stammen...

Noch am selben Abend besuchten meine Frau und ich die Familie Lück. Na, nun war die Freude groß! Beim Gläschen Wein sind wir dann durch unsere schöne Heimat Landsberg und Umgebung gewandert.

Herr Lück zeigte uns nun auch die Heimatzeitungen und ließ sie uns für einige Zeit, damit wir sie in Ruhe lesen können. Mit sehr viel Freude haben wir die verschiedenen Berichte gelesen und mit großer Aufmerksamkeit die Bilder betrachtet. Wie schön, so viel aus der lieben Heimat zu hören. Bitte, senden Sie mir ab Oktober auch das HEIMATBLATT.

Mit heimatischen Grüßen!

Hans Kopitzke und Frau Gerda,
geb. Grüning
fr. LaW., Fernentulnstr. 16, Bäcker- und
Konditormeister — jetzt: 63 Gießen,
Holbeinring 103.

... Nachdem mein Vater Karl Noé gestorben ist, fehlt mir der direkte Kontakt mit meiner Vaterstadt Landsberg an der Warthe. Aus diesem Grunde bitte ich um Zusendung des Heimatblattes.

Herzlichen Dank und treue Heimatgrüße!

Ihr Rolf Noé

fr. LaW., Bismarckstr. 19, jetzt: 8 München 42, Aldegrevier Str. 30.

✻

... Hiermit möchte ich Sie bitten, mir das HEIMATBLATT zu übersenden.

Ich bin der Sohn des früheren selbständigen Klempnermeisters und Installateurmeisters Georg Richter, aus LaW., Dammstraße 20. Mein Vater ist bereits am 16. 1. 1961 in Hohenmölsen, Kreis Weißenfels, verstorben.

Ich wohne jetzt in: 3 Hannover-Bothfeld, Gartenheimstr. 7.

Mit Heimatgruß!

Fritz Richter

✻

... Frau Elisabeth Giesler, Kassel, war so freundlich, uns mehrere Jahrgänge Ihres Landsberger Heimatblattes zur Durchsicht zu überlassen. Wir fanden darin soviel Interessantes und Heimatliches, daß ich Sie bitten möchte, uns das Blatt von nun an laufend zu übersenden.

... Mit heimatischem Gruß

Hedwig Krüger, geb. Eisenach
fr. LaW., Ankerstr. 6, jetzt: 4322 Sprockhövel, Am Holte 2a.

✻

... Als gebürtige Landsbergerin habe ich bisher das HEIMATBLATT mit einer Schulfreundin, welche hier in der Nähe wohnt, gelesen und bitte nun, mir dieses selbst zusenden zu wollen.

Mit heimatischem Gruß!

Frau Luise Fiebig, geb. Rieck
fr. LaW., Klugstr. 34, jetzt: 7063 Welzheim-Breitenfurt, Stuttgarter Str. 72.

✻

... Mein Bruder, Max Dürre, fr. LaW., Neusoester Str. 8b, ist vor 16 Monaten mit seiner Frau aus der Ostzone zu den Kindern nach Gifhorn verzogen. Vor kurzem konnten wir seinen 80. Geburtstag feiern.

Nun möchte er gern auch das HEIMATBLATT lesen. Bitte schicken Sie es, wenn möglich, noch nachträglich ab 1. Juli d. J. nach:

317 Gifhorn, Moorweg 18,
wo er mit seiner Frau eine eigene kleine Wohnung hat.

Mit freundlichen Grüßen!

Martha Dürre
325 Hameln, Erichstr. 6.

✻

... Meinen aufrichtigen Dank sage ich Ihnen für die schnelle Zustellung des Heimatblattes. Mit großer Freude und auch mit Wehmut habe ich den Bericht „Eine Reise in die Heimat“ gelesen. Es wurden dadurch viele liebe Erinnerungen wach. Ich freue mich schon auf die nächste Ausgabe.

Mit freundlichen Grüßen!

Margarete Gülle, geb. Müller
fr. Dühringshof/Kr. LaW., jetzt: 1 Berlin 44 (Neukölln), Jonasstr. 25. Schreib- und Spielwaren, Telefon: 62 08 25.

Neue Anschriften haben:

Frau Anna Fischer, fr. LaW., Küstriner
Straße 71, jetzt: 3431 Ermschwerd,
Grund 93.

Frau Elisabeth Herrmann, fr. Vietz/
Ostbahn, jetzt: 1 Berlin 48, Beyrodt-
straße 53b.

Erich Müller, fr. Stolzenberg, Kr. LaW.,
jetzt: 1 Berlin 19, Westendallee 104.

Erich Spiesgard und Frau Gertrud, fr.
LaW., Meydamstr. 18, jetzt: 5304 Hersel
bei Bonn, Gartenstr. 19.

Frau Elli Munk, geb. Dohrmann, fr.
LaW., Angerstr. 26, jetzt: 1 Berlin 13,
Clausingring 15.

Gerhard Anschütz, fr. LaW., Zechower
Straße 14, jetzt: 4901 Oldinghausen 112
über Herford, Im Mühlenbruch.

Frau Martha Dorn, fr. LaW., Garten-
straße 2, jetzt: 429 Bocholt-Mussum,
Bönkesweg 31.

Frau Ella Becker, fr. LaW., Wißmann-
straße 24, jetzt: 402 Mettmann, Am
Zaunbusch 44.

Kurt Manthei, fr. Wepritz/Kr. LaW.,
jetzt: 509 Leverkusen II., Bismarckstr. 43.

Fräulein Lieselotte Reim und Mutter,
fr. LaW., Steinstr. 23, jetzt: 637 Ober-
ursel, Dornbachstr. 106.

Ulrich Kufert, fr. LaW., im Ha. Ernst
Mögelin, Uferstraße, jetzt: 2 Hamburg 26,
Fahrenkamp 17.

Frau Susanne Jacoby, geb. Paul, fr.
LaW., Meydamstr. 70, jetzt: 3 Hannover-
Herrenhausen, Garbsener Landstr. 6b.

Frau Ursula Wichmann, geb. Scheffler,
fr. LaW., Wiesenstr. 3, jetzt: 241 Mölln,
Hagenbeckweg.

Frau Emma Barwich, fr. LaW., Zecho-
wer Str. 26, jetzt: 4964 Bückeburg, Rönt-
genstr. 23.

Hans-Joachim Leder, fr. LaW., Stein-
straße, jetzt: 5308 Rheinbach, Eichen-
dorffweg 40.

#####

Schlußwort

Ein guter, edler Mensch, der mit uns
gelebt, kann uns nicht genommen werden;
er läßt eine leuchtende Spur zurück gleich
jenen erloschenen Sternen, deren Bild
noch nach Jahrhunderten die Erdbewohner
sehen.

✻

Es grüßt Sie alle herzlichst

Ihr Paul Schmaeling

1 Berlin 62 (Schöneberg)

Koburger Straße 8

Telefon: 71 51 46

Herausgeber: Kirchlicher Betreuungsdienst für die
ehem. Ostbrandenburgischen Kirchengemeinden
Kirchenkreise Landsberg (Warthe), Stadt und Land.
Postcheckkonto: Paul Schmaeling-Sonderkonto,
1 Berlin 62, Koburger Straße 8, Nr. 150 25 Berlin
West. Druck: Otto Ziegler KG., 1 Berlin 62,
Koburger Straße 11.

✻

Beiträge, die mit vollem Verfasseramen
gekennzeichnet sind, stellen keine Mei-
nungsäußerung des Herausgebers des
Blattes dar.

Mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Paul Griefenow

verstarb am 31. Juli 1965. Er wurde am 2. 8. 1965 auf dem neuen Friedhof in Weingarten beigesetzt.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Anna Griefenow
Ruth Mischke, geb. Griefenow
Herbert Mischke
und Enkel Klaus

7987 Weingarten/Württ., Benzstr. 5, früher: Derschau/Kr. LaW., Friseurgeschäft.

Unser lieber, guter Vater, Großvater, Urgroßvater und Onkel

Gustav Henke

ist heute nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 78 Jahren von uns gegangen.

In stiller Trauer

Else Böttcher, geb. Henke
Ernst und Zitha Henke,
geb. Naumann
Gerd und Hilde Peters,
geb. Henke
und Angehörige

5609 Hückeswagen, Albert-Schweitzer-Weg 2, den 30. September 1965 — fr. LaW., Seilerstr. 10.



Selig sind die Toten, die in dem Herrn sterben von nun an. Ja, der Geist spricht, daß sie ruhen von ihrer Arbeit; denn ihre Werke folgen ihnen nach. Offenb. 14,13

Am 5. Juni 1965 entschlief unsere liebe Mutter und Großmutter

Klara Kujas

geb. Dohrmann

im 90. Lebensjahr.

In stiller Trauer

Gerhard Böhm u. Frau Elsbeth
geb. Kujas
Gerhard Kujas und Frau Gerda
geb. Bachnick
Annelies Böhm
Gerhard Kujas

4421 Osterwick/Westf., Höven 65 — fr. Borkow/Kr. LaW.

Frau

Johanna Hoffmann

geb. Holzhausen

verstarb am 6. Februar 1965 im Alter von 83 Jahren in Templin/Uckermark, fr. LaW., Neustadt, später Mährische Straße 67.

Aus unseren Heimatgemeinden wurden in die ewige Heimat ferner abberufen:

Richard Ebert, fr. LaW., Dammstraße 44, im Alter von 70 Jahren am 11. Oktober 1965 in 285 Bremerhaven/Grünhöfe, Fasanenstr. 34.

Hans Klaus, fr. LaW., Blücherstr. 5, am 1. August 1965 im 75. Lebensjahr in Gerstungen/Werra.

Eberhard Dunst, fr. LaW., Wollstraße 12, Tapeten- und Farbenhandlung, im August 1965 in Wolfenbüttel.

Frau Martha Hildebrandt, geb. Gördel, aus Briesenhorst/Kr. LaW., im September 1965 in Klein Aga 33 über Gera, SBZ, im 72. Lebensjahre.

Frau Dorothea Schneider, geb. Kühne, aus Berneuchen/Kr. LaW., am 31. August 1965 in Walberberg.

Familien-Nachrichten

Wir haben geheiratet:

Dr. Dieter Woelk

Helga Woelk, geb. Koppehl
Stad.-Ref.

32 Hildesheim — fr. LaW., Bergstr. 43. (Mutter: Frau Charlotte Elfert, verw. Woelk, 6369 Rendel ü. Bad Vilbel, Klein-karbener Str. 25.

Frau Elisabeth Schönknecht, geb. Oestreich, fr. LaW., Moltkestr. 16, konnte am 9. Oktober 1965 ihren 70. Geburtstag in 29 Delmenhorst, Annenheider Damm 104, feiern.

Am 25. Oktober 1965 vollendete Frau Maria Mittag, geb. Kühl, fr. LaW., Theaterstr. 47, ihr 87. Lebensjahr in 1 Berlin 51, Holländer Str. 16, bei ihrer Tochter Frau Gertrud Kähler.

Frau Meta Wiese, fr. LaW., Bergstr. 42, Witwe des Mittelschullehrers Julius Wiese, konnte am 25. Oktober 1965 auf 85. Lebensjahre zurückblicken. Sie lebt jetzt in 23 Kiel-Wellingdorf, Wehdenweg 75.

Frau Emma Lange, geb. Tischler, fr. LaW., Lehmannstr. 53, jetzt 24 Lübeck, Alfrst. 8-10, vollendete am 28. Oktober 1965 ihr 75. Lebensjahr.

Frau Lisa Schulz, geb. Nachtigall, fr. LaW., Kurzer Weg 13, kann am 16. November 1965 ihren 66. Geburtstag in X 1406 Hohen-Neuendorf, Berliner Straße 23, wo sie mit ihrer Schwester Frau Anna Schiller, geb. Nachtigall, lebt, feiern. Frau Schiller wird am 24. November d. J. 71 Jahre alt.

Oberlokomotivführer i. R. Paul Baum, fr. LaW., Schönhofstr., kann am 13. November 1965 seinen 75. Geburtstag feiern. 1 Berlin 41, Steglitz, Klingsorstr. 39.

Frau Elfriede Golze, fr. LaW., Wasserstraße 9, begeht am 19. November 1965 ihren 77. Geburtstag in 325 Hameln/Weser, Am Rosenbusch 1.

In 611 Dieburg/Hessen, Am Altstädter See 4, feiert Frau Martha Stimmel, fr. Heinersdorf/Kr. LaW., am 27. November 1965 ihren 77. Geburtstag.

Frau Emma Menge, fr. Fichtwerder/Kr. LaW., kann am 20. November 1965 ihren 80. Geburtstag feiern. Ihr Ehemann, Paul Menge, wird am 22. Nov. 81 Jahre alt. Sie leben zusammen mit ihrer Tochter Marie in 1 Berlin 62, Ebersstr. 70.

Frau Emma Kühn, geb. Petrick, aus Blumberg/Kr. LaW., kann am 7. Dezember 1965 ihren 70. Geburtstag in X 1421 Sommerfeld/Kr. Oranienburg, Triftweg 3 begehen.

Seinen 64. Geburtstag feiert am 7. Dezember 1965 Superintendent Pfarrer Joachim Meuß, fr. Gralow/Kr. LaW., in Beeskow/Mark, Brandstr. 34.

Das Fest ihrer goldenen Hochzeit können am 12. Dezember 1965 Schmiedemeister Adolf Eckert und Frau Franziska in Bad Kösen/Kr. Naumburg, Waldstr. 2, feiern. Früher Lorenzdorf/Kr. LaW.

Der letzte Amtsvorsteher von Zantoch/Nm., Carl Wernicke, kann am 5. Dezember 1965 seinen 79. Geburtstag begehen. 1 Berlin 31 (Wilmersdorf), Zähringer Straße 41.

Oswald Apelt, fr. Prokurist im Hause Bernhard Runze Nachfg., wird am 11. Dezember 1965 84 Jahre alt. Jetzt: 2807 Achim, Rieckenbergstr. 8.

Franz Maasch, fr. LaW., Böhmstr. 6, wird am 17. Dezember 1965 seinen 75. Geburtstag in 332 Salzgitter-Lebenstedt, Roggenweg 5, feiern.

Frau Martha Strauch, geb. Schlaack, fr. LaW., Bismarckstr. 5, wird am 18. Dezember 1965 ihren 79. Geburtstag in 1 Berlin 36, Lausitzer Str. 2, II., begehen.

Frau Luise Sewelies, geb. Keil, LaW., Düppelstr. 47 und später Bülowstr. 1, vollendet am 18. Dezember 1965 ihr 86. Lebensjahr in Beelitz Stadt (Mark) Berliner Straße 52.

Auf 87 Lebensjahre kann Frau Elsbeth Schwantes, geb. Noack, fr. Wepritz/Kr. LaW., am 21. Dezember 1965 zurückblicken. Jetzt: 354 Korbach-Waldeck, Waldhaus.

Frau Frieda Münchberg, fr. LaW., Kladowstr. 100, feierte am 7. November 1965 ihren 70. Geburtstag in 334 Wolfenbüttel, Anna-Amalia-Str. 12.

Wir gratulieren!